

Lodzer Volkszeitung

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens.

Nr. 306. Die „Lodzer Volkszeitung“ erscheint täglich morgens, an Tagen nach einem Feiertag oder Sonntag mittags. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Plots 3.—, wöchentlich Plots 72.—; Ausland: monatlich Plots 6.— jährlich Plots 72.— Einzelnummer 10 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Lodz, Petrikauer 109
Telephon 136-90. Postkontokonto 63.508
Geschäftsstunden von 7 Uhr früh bis 7 Uhr abends.
Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2.30-3.30.

Anzeigenpreise: Die nebengefaltene Millimeterzeile 15 Groschen, im Text die dreigefaltene Millimeterzeile 60 Groschen. Stellengebote 50 Prozent Stellenangebots 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 1.— Plots; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland 100 Prozent Zuschlag.

Der Sejm zusammengetreten.

Erpoje des Finanzministers Jawadzki über die wirtschaftliche Lage Polens. Die Generaldebatte zur Budgetvorlage bereits gestern abgeschlossen. — Scharfe Kritik der Oppositionsredner. — Bezeichnende Stellungnahme der Deutschbürgerlichen.

Gestern vormittag um 10.30 Uhr ist der Sejm, wie immer in den letzten Jahren nach mehrmonatiger Unterbrechung, zu seiner diesjährigen ordentlichen Budgetsitzung zusammengetreten. Zur Sitzung waren die Abgeordneten sehr zahlreich erschienen. Auch die Regierung war fast vollständig zugegen. Nach der Eröffnung durch den Sejm-Marschall Switalski wurden zunächst die notwendigen Formalitäten, die sich durch die Länge der Zeit sehr zahlreich angesammelt hatten, erledigt. So konnte erst jetzt das Dekret über die Ernennung der Regierung Kozlowski (die inzwischen schon länger als ein halbes Jahr im Amte ist) verlesen werden, weiter wurde eine Reihe von Verordnungen des Staatspräsidenten ausgezählt, die in dieser Zeit erlassen wurden. Sodann gedachte der Sejm-Marschall der verstorbenen Abgeordneten und des ermordeten Innenministers Hieracki, worauf die neuen Abgeordneten vereidigt wurden. Nach der Vereidigung der Abgeordneten machte die kommunistische Abgeordnete Ignaszak den Zwischenruf: „Gebt die politischen Häflinge frei!“, welcher Zwischenruf in dem Programm des Herrn Sejm-Marschalls gemäß nicht vorgesehen war.

Die Rede des Finanzministers.

Hierauf wurde zur ersten Lesung der Budgetvorlage für das Jahr 1935/36 geschritten, wozu der Finanzminister Prof. Jawadzki das Wort ergriff. Der Minister knüpfte eingangs seiner Rede an seine Ausführungen bei Einbringung des Budgets im vorigen Jahre an und stellte fest, daß im Wirtschaftsleben Polens eine gewisse Stabilität, allerdings auf sehr niedrigem Niveau, zu verzeichnen sei, welche Erscheinung man übrigens auch in verschiedenen anderen Ländern beobachten könne. Das vergangene Jahr habe mit Ausnahme der Landwirtschaft eine gewisse Steigerung der Produktion, einen Rückgang der Arbeitslosigkeit und eine geringe Steigerung des Auslandshandels gebracht. Der Minister sieht im Augenblick keine Ursache zur Besorgnis irgendwelcher großer Überraschungen auf wirtschaftlichem Gebiet, wenn gleich solche nicht ausgeschlossen seien; eine schleunige Besserung der Lage sei aber nicht zu erwarten. Bezüglich des Budgetdefizits sagte der Minister, daß alle bisherigen Regierungen danach gestrebt hätten, dieses zu beseitigen, und führt als Beweis die Bemühungen an, daß die Ausgaben des Staates von 2993 Millionen im Jahre 1930/31 auf 2150 Millionen im neuen Budget herabgesetzt wurden. Er verteidigte sich hierbei gegen verschiedene Presseangriffe bezüglich des Budgetdefizits und versuchte nachzuweisen, daß die Presseangriffe ungerechtfertigt seien.

Bei Besprechung der Möglichkeiten einer Erhöhung der Einnahmen zwecks Verringerung des Defizits kündigte Minister Jawadzki die Einführung einer Zuckersteuer, Erhöhung des 10prozentigen Zuschlags zu den direkten Steuern und andere Steuererhöhungen an. In diesem Jahre werde das Defizit gegen 250 Millionen Plots betragen, doch rechnet der Minister mit einer Erhöhung der Einnahmen in den nächsten Jahren (!), wodurch das Budgetgleichgewicht in ungefähr drei Jahren hergestellt werden könnte. (Glücklicher Optimist. Ann. d. Red.) Sodann unterstrich Minister Jawadzki die Stabilität der polnischen Wälua, an welcher heute nicht mehr zu zweifeln sei. Dadurch sei es möglich geworden, das Dekret über die Verpflichtungen in fremder Wälua und das Dekret über die Entschuldung der Landwirtschaft und der Selbstverwaltungen zu erlassen. Hierbei lehnte Redner in ziemlich scharfen Worten die Inflationspolitik mancher Länder ab, die auf diese Weise ihre Schulden herabsetzen wollen.

In dem vorgezeichneten Finanzplan habe die Regierung nur auf eigene Kräfte gerechnet. Doch leugnete der Minister nicht die Bereitschaft, mit dem ausländischen Kapital Kreditoperationen durchzuführen, die für Polen eine erwünschte Erleichterung der Lage bedeuten würden. Ab-

schließend gab der Minister unter Hinweis auf das ständig sich verringemde Budgetdefizit der Hoffnung Ausdruck, daß sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Polens dauernd bessern werde.

Die Generaldebatte.

In der Generaldebatte über das vorgelegte Budget ergriff als erster der Abg. Rybarski vom Nationalen Klub das Wort, der sich in seinen Ausführungen hauptsächlich mit der Außenpolitik der Regierung befaßte und diese in vieler Hinsicht einer scharfen Kritik unterzog.

Eine scharfe Oppositionsrede hielt sodann der Abg. Zulawski (P.S.), der das Sanazjeregime einer vernichtenden Kritik unterzog. Abg. Zulawski zählte zahlreiche Fälle auf, die die heutigen Verhältnisse in Polen traurig illustrieren. (Auf die Rede des Abg. Zulawski werden wir noch zurückkommen.)

Es wurde sodann eine Unterbrechung anberaumt, worauf der Abg. Lewicki (Ukrainer) das Wort ergriff. Er nahm eine kritische Haltung zur Einstellung der staatlichen Stellen zum ukrainischen Nationalitätenproblem ein. Redner berührte verschiedene, die ukrainische Minderheit im Augenblick besonders interessierende Fragen und befaßte sich auch mit dem Nützlichwerden des ukrainischen West in Genf in der Minderheitenfrage. Abg. Lewicki kündigte an, daß die Ukrainer nach wie vor größere Freiheit für ihre kulturelle Entwicklung im Rahmen des polnischen Staates verlangen werden.

Es sprachen sodann die Abg. Tempka (Chadecja) und Jauynial (M.P.), die sich beide gegen die Politik der Regierung aussprachen. Abg. Tempka äußerte Bedenken gegen die von Außenminister Beck eingeschlagenen Methoden. Abg. Michalkiewicz (regierungsfreundlicher Bauernabgeordneter) fühlt sich bewogen, gegen die Oppositionsabgeordneten aufzutreten und erklärt, daß die Landbevölkerung mit der Regierung zusammenarbeiten müßte, dann würde es auch besser werden.

Im Namen des Jüdischen Klubs sprach sodann der Abg. Thon. Er wendet sich gegen die Bevorzugung des Landes gegenüber der Stadt und erblickt darin eine antijüdische Einstellung der Regierung. Wenn die Juden Polens bisher die internationalen Instanzen nicht angerufen haben, so bedeute das nicht, daß es ihnen in Polen gut ergehe. Es geschehe ihnen viel Unrecht, doch ständen sie auf dem Standpunkt, daß alle Streitfragen vor einem innerstaatlichen Forum erledigt werden müßten. Die Politik der Regierung gegenüber Deutschland sei eine über-

flüchtige Rettung Hitler-Deutschlands vor der gänzlichen Isolierung. Durch die gegenwärtige Außenpolitik, so sagte Abg. Thon zum Schluß, werde die jüdische Bevölkerung Polens in seinen Gefühlen beleidigt.

Abg. Franz, der im Namen des Deutschen Klubs sprach, fand sehr schmeichelhafte Worte für die Regierung. Er lobte u. a. die Valutenpolitik und sprach sich sodann anerkennend über die Preispolitik der Regierung aus. Die deutsch-polnische Verständigung habe innerhalb der deutschen Bevölkerung Polens Befriedigung ausgelöst und er hoffe, daß diese Verständigungspolitik zu weiteren herzlichen Beziehungen zwischen dem polnischen und dem deutschen Volke führen werde. Bezüglich der Minderheitenfrage gab Abg. Franz der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Entscheidung der polnischen Regierung in Sachen des Minderheitenabkommens nicht gegen die Interessen der Minderheiten gerichtet sei. (In dem bisher vorliegenden Bericht über die Sejm-Sitzung ist nichts enthalten, was darauf hinweisen würde, daß Abg. Franz etwas über die traurige Lage des deutschen Schulwesens gesagt hätte!) Abg. Franz wies lediglich auf die gemäß schönen Bestimmungen der Verfassung hin und gab dem frommen Wunsch Ausdruck, daß diese Bestimmungen verwirklicht werden möchten.

Abg. Ledyga (Ukrainischer Sozialradikaler) griff die Regierung wegen ihrer Politik gegenüber den Ukrainern heftig an. Der Abg. Rabbiner Lewin verlangte die Zulassung der Juden zu allen Ämtern im Staate. Es sprachen sodann noch der Weißruße Jermicz, der bittere Klagen über die Politik der Regierung gegenüber der weißrussischen Minderheit vorbrachte, der Kommunist Kosenberg, der Geistliche Szabelski (Chadecja) und ferner der Abg. Stachl im Namen der von der Nationalen Partei losgetrennten Splittergruppe der nationalen Jugend.

Es trat sodann noch der Abg. Rog von der Volkspartei auf, der die Politik der Regierung gegenüber der Landbevölkerung einer scharfen Kritik unterzog. Insbesondere befaßte er sich mit den Methoden, die bei den letzten Gemeindevahlen angewandt wurden. Das polnische Dorf sei heute kaum in der Lage, sein Leben zu fristen und von seiten der Regierung komme keine Hilfe. Auch der kulturelle Tiefstand des Dorfes sei ungeheuer. Redner trat auch gegen das Konzentrationslager in Bereza Kartuska auf. Mit der Stellungnahme der Regierung zum Minderheitenvertrag erklärte sich der Redner einverstanden. Richtig sei auch das Bestreben der Regierung, mit allen Nachbarn in guten Beziehungen zu leben. Doch sei das Bündnis mit Frankreich das Fundament der polnischen Außenpolitik.

Als letzter Redner trat der Abg. Miedzinski auf, der sich mit den Ausführungen der Oppositionsredner auseinandersetzte. Da die Rednerliste auf Antrag eines Regierungsabgeordneten geschlossen worden war, war somit die Rednerliste erschöpft und das Budget damit in erster Lesung verabschiedet. Die Sitzung wurde darauf geschlossen.

Doumergue vor dem Rücktritt.

Kurze Veräugung der Entscheidung der Radikalsocialen.

Paris, 6. November. Der französische Ministerrat hat am Dienstag vormittag getagt. Die innerpolitische Lage ist außerordentlich unübersichtlich. Man rechnet mit einem Rücktritt des Kabinetts Doumergue.

Ogleich in der amtlichen Mitteilung über den abgehaltenen Ministerrat kein Wort über die innerpolitischen Schwierigkeiten enthalten ist, so erfährt man aus gut unterrichteten politischen Kreisen, daß der Ministerrat zum größten Teil der Beratung über die Haltung der radikalsocialen Vertreter im Kabinett in bezug auf die Pläne des Ministerpräsidenten Doumergue gewidmet war. Man versichert, daß Minister Herriot seinen Kollegen klar und deutlich zu verstehen gegeben hat, daß seine politischen Freunde es ablehnten, Doumergue auf seinem Wege zu folgen. Doumergue soll darauf Herriot die Frage gestellt haben, welche Folgen, seiner Ansicht nach, der Rücktritt der 6 radikalsocialen Minister haben würde. Um hierüber zu beraten, haben sich Herriot und seine radikalsocialen Kollegen während des Ministerrates in einem Nebensaal zurückgezogen und über eine halbe Stunde beraten. Herriot hat sich auf Drängen des radikalsocialen Innenministers Marchandean und des Außenministers Laval bereitgefunden, seine Entscheidung bis zum nächsten Ministerrat zu vertagen, der Donnerstag um 10 Uhr vormittags stattfinden soll.

Wenn Herriot und seine radikalsocialen Kollegen bei ihrem Standpunkt beharren werden, so rechnet man in unterrichteten Kreisen, daß Ministerpräsident Doumergue unverzüglich dem Präsidenten der Republik den Gesamtrücktritt des Kabinetts mitteilen wird.

Eröffnung der Kammer.

Paris, 6. November. Die Kammeröffnung am Dienstag nachmittag wurde mit einem Nachruf des Kammerpräsidenten Bouisson auf König Alexander von Jugoslawien, Barthou und Poincare eröffnet. Die Kammer

